

XIX. Beirat beim Ortsamt Burglesum
Niederschrift über die 22. Beiratssitzung am 9. Mai 2017
Sitzungsraum des Ortesamtes Burglesum, Oberreihe 2, 28717 Bremen
Beginn 19:00 Uhr – Ende 22:00 Uhr

Anwesend waren
die Damen und Herren Beiratsmitglieder
S. Besecke, R. Hennig, M. Pacaci, R. Kurpjuhn, R. Serin-
M. Hornhues, B. Hornhues, H. Lürßen, J. Eckert, M. Freihorst -
B. Punkenburg, E. Friesen, U. Schnaubelt -
R. Tegtmeier –
H. Boll –
T. Koschnick –
F. Magnitz -

Vorsitzender Herr Boehlke vom Ortsamt Burglesum
Protokoll Frau Tietjen vom Ortsamt Burglesum

Gäste:

Herr Braun, Polizeirevier Lesum

*

Herr Boehlke eröffnet die Sitzung.

Er weist auf Tonaufnahmen zur Erstellung des Protokolls hin. Wer keine Aufnahme seines Wortbeitrages wünscht, wird um Mitteilung gebeten. Die Aufnahme wird dann unterbrochen.

Genehmigung der Tagesordnung:

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde mit der Einladung des Ortesamtes am 28.04.2017 verschickt.

Änderung zur Tagesordnung:

Die Tagesordnungspunkte 3 und 4 werden getauscht.

Es folgt die Abstimmung über die geänderte Tagesordnung.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls vom 4. April 2017

Das Protokoll wurde vorab verschickt. Änderungswünsche liegen nicht vor.

Das Protokoll vom 4. April 2017 wird einstimmig genehmigt.

TOP 2: Wünsche und Anregungen der Bürger/innen

XXX bittet Frau Wursthorn zur Hörterweiterung Schule Mönchshof Stellung zu beziehen, ob und wie die weiteren Planungen aussehen.

TOP 3: Vorstellung der Polizeireform 2600 und die Auswirkungen für Burglesum

Herr Boehlke begrüßt Herrn Senator Mäurer, Herrn Körber, Leiter der Polizeiinspektion Nord und Herrn Lindemann, Revierleiter Lesum.

Herr Boehlke teilt mit, dass es viele Informationsgespräche in den letzten Monaten gab und auf Transparenz gegenüber der Kommunalpolitik Wert gelegt wird. Viele Bürgerinnen und Bürger fragen sich nach den Auswirkungen für den Stadtteil. In dieser Woche erfolgt die Information in den Nordbremer Beiräten.

Herr Körber stellt die Überprüfung und Anpassung der Organisationsstrukturen vor. (s. Anlage 1).

Diskussion mit Wortmeldungen von Herrn Hornhues, Herrn Besecke, Herrn Koschnick, Frau Boll, Herrn Friesen, Herrn Magnitz, Herrn Tegtmeier, Herrn Hennig sowie aus dem Publikum.

Herr Hornhues fühlt sich im Bremer Norden sicher und versteht weshalb die Reform durchgeführt werden muss und hält sie für sinnvoll. Burglesum ist ein flächenmäßig großer Stadtteil; es fehlt in der Reform ein sechster Kontaktpolizist für Burglesum. Er sieht die Reform als Zwischenschritt, ihm fehlen in Bremen-Nord noch ca. 20 Polizisten für Präventionsarbeit etc. Er bittet um eine zügige Umsetzung der Personalzielzahlen.

Herr Besecke möchte wissen, wie lange die Wiederbesetzungsphase der Kontaktpolizistenstellen dauert. Bleiben Dinge wie Prävention etc. bei der Reform auf der Strecke aufgrund der Personalknappheit.

Herr Koschnick fragt, ob die jetzige Reform ein Update der Reform 2005 ist und oder ob die vergangene Reform gescheitert ist. Sehr viel ist Deckungsgleich mit der Reform 2600. Wird es mit der Reform eine zukunftsorientierte Polizei geben die für lange Zeit richtig aufgestellt.

Herr Senator Mäurer berichtet über die geplanten Veränderungen die mit großen Herausforderungen verbunden sind. Die Probleme haben sich seit der letzten Polizeireform vor zwölf Jahren nicht verringert, sondern sich aufgrund der Personalreduzierung noch verstärkt. Allein die Einbruchskriminalität nimmt einen großen Arbeitsschwerpunkt ein.

Es steht nur das Personal zur Verfügung, das auch in Bremen ausgebildet wurde.

Die Polizei Bremen verfügt über genügend Beamte, die im Streifendienst unterwegs sind. Bereitschafts- und Kriminalpolizei weisen Lücken auf und die Zahl der Kontaktpolizisten muss erhöht werden.

Es wurden 140 Auszubildende eingestellt und im November kommen weitere 160 hinzu. So soll die angestrebte Zahl von 2600 Beamten im Jahr 2019 erreicht werden. Gegenwärtig ist nicht mehr Personal möglich, es fehlen die Ausbildungskapazitäten.

Da sich das System der Kontaktpolizisten bewährt hat, sollen in Zukunft in Bremen insgesamt 100 Kontaktpolizisten zur Verfügung stehen.

Herr Senator Mäurer versichert, dass auf den Straßen ständig 20 Streifenwagen unterwegs sein werden. Und in Spitzenzeiten kommen weitere 15 hinzu.

Es wird keine Schließung von Polizeirevieren geben. Änderungen sind lediglich sind bei der Aufnahme von Anzeigen geplant, diese wird zukünftig zentralisiert werden. Künftig können Fahrraddiebstähle online gemeldet und Termine telefonisch vereinbart werden.

Die Polizeireform 2005 hält er für gelungen. Zum damaligen Zeitpunkt war die Zeit aber noch nicht reif gewesen, für die heute angedachte Reform. Die jetzige Reform ist eine Fortsetzung, die auf die Erfahrung und die positiven Ergebnisse der letzten Reform anschließt.

Frau Boll sieht das alles kritischer. Die Polizei hat hoheitliche Aufgaben. Die Anzeigenannahme sollte weiterhin überall vor Ort möglich sein. In Berlin gibt es bereits eine Zentralisierung, daran sollte man sich nicht orientieren, die Reform ist unausgegoren.

Herr Friesen findet dass die vergangene Reform das Sicherheitsempfinden der Bürger verschlechtert hat. Die Polizei ist nicht präsent genug wenn nur Streife gefahren wird. Es sollten mehr Fußstreifen stattfinden.

Herr Magnitz sieht es aktuell als größtes Problem dass das Gefühl der inneren Sicherheit desolat ist. Die Reform ist seiner Meinung nach nicht geeignet das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Durch die Reform wird mit blumigen Worten versucht eine Mangelverwaltung darzustellen. Er findet, es sollte ein Zeichen gesetzt werden und die Reform abgelehnt werden.

Herr Senator Mäurer sieht die Zielzahl von 2600 Beamten nicht als Einsparung und keineswegs wurde schnell eine Reform aufgestellt, sondern diese ist begründet auf die Erfahrungen der vergangenen Jahre unter Einbeziehung der betroffenen Einheiten.

Herr Tegtmeyer stellt fest das Bremen pleite ist, daher sollte man mit dem was heute vorgestellt wurde, sehr zufrieden sein.

Frau Boll fragt nach den vielen angefallenen Überstunden und wie diese abgebaut werden.

Herr Hennig möchte wissen, wie man der Bevölkerung in Marßel verdeutlichen soll, dass die Kontaktpolizistenstelle bis 2018 zunächst nicht besetzt wird, wenn doch die Arbeit der Kontaktpolizisten so wichtig ist.

Herr Senator Mäurer teilt mit, dass es auch zukünftig Überstunden geben wird. Diese werden abgebaut, es wird versucht so viel wie möglich auszuzahlen. Es wird immer eine Anzahl von Überstunden geben, er würde gerne mehr machen, entscheidet aber nicht allein über die finanziellen Aspekte.

Herr Körber erläutert, dass sich die Polizei zur Zeit in einem Tal befindet. Wenn eine Kontaktpolizistenstelle wieder besetzt wird, zieht das Einschnitte im Bereich der Bereitschaftspolizei nach sich. Es muss kurzzeitig in Kauf genommen werden, diese Stelle nicht nach zu besetzen.

Beschluss: 14 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen

Der Beirat Burglesum nimmt die vom Senator für Inneres vorgestellte Polizeireform 2600 zur Kenntnis.

In Anlehnung an seinen Beschluss vom 15. November 2016 erwartet der Beirat Burglesum daher, dass über die nachfolgend aufgeführten Punkte ein politisches Einvernehmen mit dem Senator für Inneres erzielt wird:

1. *Durch die Strukturreform rücken die Kontaktpolizisten weiter in das Zentrum der lokalen Polizeiarbeit vor Ort und werden zukünftig noch intensiver im Stadtteil eingebunden sein. Damit solch eine bürgerfreundliche und bürgernahe Polizeiarbeit gerade in den Wohnquartieren und für die Schulen, Kindergärten und sonstigen sozialen Einrichtungen im Stadtteil gewährleistet bleibt, braucht der Stadtteil aufgrund seiner heterogenen Struktur in den einzelnen Ortsteilen und seiner Fläche (zuzüglich des Bremer Industrieparks) mindestens einen zusätzlichen Kontaktpolizisten, neben den bisherigen fünf Kontaktpolizisten und der Revierleitung.*
2. *Der Kommunalpolitik, den Vereinen und Einrichtungen des Stadtteils steht in Person der Revierleitung eine kompetente Ansprechperson für die innere Sicherheit im Stadtteil zur Verfügung.*
3. *Die derzeitigen Polizei-Standorte in Lesum (Hindenburgstraße 32), in Burgdamm (Marßel) und in Burg-Grambke bleiben erhalten.*
4. *Dem Revier stehen die benötigten Streifenwagen für Reviertätigkeiten zur Verfügung.*
5. *Es wird sichergestellt, dass auch weiterhin zumindest zu bestimmten Zeitfenstern die Anzeigenaufgabe vor Ort möglich ist. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass an mindestens einem Werktag arbeitnehmerfreundliche Öffnungszeiten im Polizeirevier Lesum vorgehalten werden. Zudem ist das neue Angebot der Online-Wache auszubauen.*
6. *Es muss gewährleistet sein, dass die Beamtinnen und Beamten des Einsatzdienstes auch zukünftig über die notwendige Ortskenntnis im Stadtteil verfügen.*
7. *Zur angestrebten Verbesserung der Polizeipräsenz in den Stadtteilen gehört auch, dass mindestens ein Streifenwagen des Einsatzdienstes im Stadtteil kontinuierlich patrouilliert.*
8. *Es wird sichergestellt, dass die regionalen Schwerpunktkräfte den Stadtteilen auch verlässlich und gleichberechtigt zur Verfügung stehen und nicht für zentrale Aufgaben abgezogen werden.*

Der Beirat begrüßt darüber hinaus die Anstrengungen der Polizei, unter der politischen Vorgabe „schnell, überlegen, zuverlässig“ und der Zielzahl von 2.600 Vollzeitstellen für die Polizei, eine Struktur für Bremen-Nord zu entwickeln, welche die Aspekte Schutz, Hilfe und Sicherheit sowie Bürgerkontakt, Beratung, Netzwerkarbeit in den Ortsteilen und Sicherstellung der Anzeigenaufnahme sowie die 24-stündige Ansprechbarkeit der Polizei an 365 Tagen im Jahr sicherstellen soll.

Der Beirat Burglesum fordert den Senator für Inneres auf, auch für die Übergangszeit bis zum Zeitpunkt des Erreichens der Zielzahl von 2.600 Vollzeitstellen im Jahr 2020

sicherzustellen, dass in Bremen-Nord alle durch die Strukturreform freigesetzten Stellen und das Personal im Bremen-Nord verbleiben.

In Sorge um die Innere Sicherheit in Bremen-Nord und von Fachleuten unterstützt, fordert der Beirat Burglesum die Bremische Bürgerschaft und die Senatorin für Finanzen gemeinsam mit dem Senator für Inneres auf, über den Zeitpunkt des vollen Wirksamwerdens der Polizeireform 2600 hinaus für das Kommissariat Bremen-Nord zusätzliche Personalkapazitäten im Umfang von 20 Vollzeitstellen zu schaffen, die dringend benötigt werden für

- die Verbesserung der Präsenz der Streifenwagen im Raum mit einem verbesserten Personalstandard als in der Reform 2600 vorgesehen,
- die Durchführung von eigenen Schwerpunktmaßnahmen der Kriminalitätskontrolle, Verkehrssicherheitsarbeit und Verstärkung auch der Präsenz in den Ortsteilen und Brennpunkten,
- die Bildung eines Schwerpunktteams für die Bekämpfung des Wohnungseinbruchsdiebstahls und für eine qualitativ gute und schnelle Serviceleistung für die Bevölkerung bei der Anzeigenaufnahme.

Zudem ist die Polizei technisch zeitgemäß auszustatten und von Verwaltungsarbeit zu entlasten.

Darüber hinaus sind infrastrukturellen Voraussetzungen für eine moderne Polizeiarbeit zügig herzustellen.

Der Beirat Burglesum unterstützt darüber hinaus die Forderung des Senators für Inneres, dass es weitere Neueinstellungen bei der Polizei, über die Zielzahl 2.600 Vollzeitstellen hinaus, geben muss.

Deshalb muss der Senator für Inneres auf dem Hintergrund der Polizeireform 2600 und seiner Ankündigung jetzt dringend eine personelle Verstärkung der Polizei in Bremen-Nord sicherstellen. Entsprechend Haushaltsanmeldungen und Ausbildungskapazitäten sind von ihm zeitnah sicherzustellen. Die Senatorin für Finanzen wird aufgefordert die benötigten Haushaltsmittel verlässlich einzuplanen. Die Bremische Bürgerschaft wird aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen für Personal, Ausrüstung und Infrastruktur zeitgerecht zu beschließen.

Begründung

Die vielseitigen Debatten um die jetzige Polizeistrukturereform haben deutlich gezeigt, dass die Polizei Bremen langfristig mehr Personal als die derzeit avisierten 2.600 Vollzeitstellen für eine, der aktuellen Sicherheitslage angemessene Polizeiarbeit benötigt.

Seit Jahren verfolgt der Senat der Freien Hansestadt Bremen einen Sanierungskurs. Bestimmte Entscheidungen zum Personalabbau in den verschiedensten Handlungsbereichen der öffentlichen Verwaltung auf staatlicher und kommunaler Ebene mögen -rein quantitativ betrachtet- ihre Plausibilität gehabt haben.

Aufgrund externer Entwicklungen wie Kriminalitätstourismus aus anderen Staaten heraus, der aus humanitären Gründen berechtigten Aufnahme von Schutzsuchenden u.a. aus Kriegsgebieten und einer Zunahme des Terrorismus sind inzwischen viele zusätzliche Gründe entstanden, die Polizei in der Bundesrepublik Deutschland personell wie auch

technisch zu verstärken und Rechtsgrundlagen für eine effektive Polizeiarbeit zugunsten der Sicherheit der Bürger zu schaffen.

Dies trifft auch für die Freie Hansestadt Bremen zu und dies trifft damit auch für Bremen-Nord und das Beiratsgebiet Bremen-Burglesum zu.

TOP 4: Zwischenbericht zur Kindertagesbetreuung im Stadtteil

Herr Boehlke begrüßt Frau Wursthorn von der Senatorin für Kinder und Bildung.

Frau Wursthorn berichtet über die Anmeldezahlen (Stand 9.5.2017) im Stadtteil Burglesum. Der Statusbericht II wird zur Zeit ausgewertet. Insgesamt 52 Anmeldungen sind für Kinder im Alter bis zu drei Jahren eingegangen, davon sind 42 noch nicht abgeschlossen worden. Für die Altersgruppe der drei bis sechs Jahre alten Kinder liegen 20 Anmeldungen vor. Davon sind 19 noch nicht abgeschlossen. Zur Zeit sind 63 freie Plätze von Einrichtungen im Stadtteil gemeldet worden.

Der geplante Umbau der Kindertagesstätte an der Heinrich-Seekamp- Straße verschiebt sich auf das Kindergartenjahr 2018/19.

In Oslebshausen wird ein weiterer Mobilbau errichtet, dort können auch Kinder aus Grambke aufgenommen werden. Weitere Projekte sind der Umbau der Kinder- und Familienzentren in Marßel und Heinrich-Seekamp-Straße. Außerdem werden Spielkreise in Grambke zusätzliche Angebote schaffen.

Diskussion mit Wortmeldungen und Nachfragen von Herrn Hornhues, Herrn Besecke, Herrn Koschnick, Frau Schnaubelt, Frau Hornhues, Herrn Tegtmeier, Herrn Hennig und aus dem Publikum.

Frau Hornhues weist darauf hin, wie Wichtig die Kindertagesbetreuung für Kinder ist, damit Mütter in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und für das Rentenalter abgesichert sind.

Herr Hennig kritisiert die fehlende Planung für den Lesumpark, dort ist die Versorgung mit Kita-Plätzen nicht ausreichend.

Der Elternvertreter der Schule Mönchshof teilt mit, das es zu wenig Hortplätze für die Schüler am Mönchshof gibt. Es würden nur 13 Schüler einen Hortplatz erhalten können. Er kritisiert, dass es nicht absehbar ist, wann die Schule Ganztagschule wird.

Die Einrichtung einer zusätzlichen Hortgruppe wurde mangels finanzieller Mittel abgelehnt. vor.

Herr Hornhues kritisiert Immobilien Bremen wegen des Vorgehens zur alten Burgdammer Dorfschule. Zunächst hieß es vom Immobilien Bremen, dass das Gebäude wirtschaftlich nicht zu halten sei und stark sanierungsbedürftig ist. Nun wird doch noch einmal neu geprüft. Dieses führt zu einem großen Zeitverlust.

Frau Punkenburg verlässt die Sitzung um 21:50 Uhr.

Beschluss: 14 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

Der Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Die Senatorin für Kinder und Bildung wird aufgefordert mögliche frei gewordene Haushaltsmittel im Zuge des Ganztagschulausbaus für eine bessere Hortplatzversorgung im Stadtteil zeitnah einzusetzen.

Der Beirat Burglesum erwartet eine zügige Realisierung der dringend erforderlichen Kita auf dem Gelände an der Burgdammer Straße. Derzeitige Alternativplanungen durch Immobilien Bremen bedeuten eine 1-2-jährige Verzögerung in der Fertigstellung einer Kita an diesem Standort mit einem noch nicht absehbaren Ergebnis. Solch eine zeitliche Verzögerung kann und will der Beirat den Eltern und Kindern, die dringend einen Kita-Platz benötigen, nicht zumuten. Der Beirat fordert daher IB und SKB auf, die Planungen für einen Kita-Neubau auf der Grundlage der Bauvoranfrage unverzüglich umzusetzen.

Zur aktuellen Entwicklung des Kita-Standortes an der Burgdammer Straße sind dem Beirat bis zur nächsten Sitzung am 13.06.2017 folgende Fragen zu beantworten:

1. Im Januar 2017 bewertete Immobilien Bremen den Gesamtzustand des Bestandsgebäudes als schlecht mit einem hohen Sanierungsstau und hielt im Ergebnis fest, dass bei der Umsetzung der Planungsanforderungen ein Abriss unvermeidlich erscheint.
Von wem erhielt Immobilien Bremen aktuell den Auftrag für eine nochmalige Prüfung / Gegenüberstellung eines Neubaus zu einer Sanierung des Bestandsgebäudes?
2. Wieso erfolgte durch Immobilien Bremen nicht zu Beginn der Planung eine fachgerechte Abwägung zwischen Gebäudeerhalt und Neubau?
3. Welche zusätzlichen Planungsschritte sind bei einer Gebäudesanierung mit einem möglichen Anbau vorzunehmen?
4. Wie groß wäre bei einer Umnutzung des Bestandsgebäudes der tatsächliche Zeitverlust gegenüber der derzeitigen Planung eines Abrisses und Neubaus?
5. Wo und in welcher Form könnten die erforderlichen Kindergartenplätze während des Zeitverzugs im Ortsteil Burgdamm alternativ angeboten werden und welche Mehrkosten würden dadurch entstehen?

TOP 5: Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Terminmitteilungen

- 13.05.17: 4. Bürger Brückenfest
- 15.05.-22.06.17: Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes 1274 „An Woldes Wiese“
- 17.05.17: Auftaktveranstaltung zur öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes 1274 „Alte Stadtgärtnerei St. Magnus“ (18:30 Uhr, Schulzentrum an der Bördestraße)
- 18.05.17: Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Kultur (19:00 Uhr, Sitzungsraum Ortsamt Burglesum)
- 10.06.17: Eröffnung der 24. Burglesumer Kulturtage
- Danksagung der AG „Sommer in Lesmona“ für die Unterstützung des Beirates an den Burglesumer Kulturtagen

TOP 6: Mitteilungen des Beiratssprechers
keine

**TOP 10: Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder in stadtteilbezogenen
Angelegenheiten**
keine

Ende der Sitzung 22:00 Uhr.

gez. Boehlke
Vorsitzender

gez. Hornhues
Sprecher des Beirates

gez. Tietjen
Protokoll